

Die Gewinnung und Verarbeitung von Mineralölproduktions jeder Art wies für die US-Zone 1946 folgenden Stand auf:

	Zahl der Beschäftigten	Monats-Brutto- produktionswert in 1000 RM. im Monatsdurchschnitt	Wert der Roh-, Werk- und Hilfsstoffe in 1000 RM. im Monatsdurchschnitt
Hessen	1291	639	480
Bayern	360	510	310
Württ.-Baden.	742	850	530
	2393	1999	1320

Ein Ausbau der deutschen Mineralölproduktion auf weite Sicht wäre durchaus möglich. Für die Erdölförderung bestehen augenblicklich Schwierigkeiten in der Beschaffung von Maschinen und Material. Besonders mangelt es an Material zur Verrohrung neu erbohrter Sonden. Auch der Aufarbeitung in Raffinerien stehen mancherlei Schwierigkeiten entgegen. Vor allem sind es Verkehrssorgen, Mangel an Kesselwagen und die Zonengrenzen, die Hindernisse bilden. So muß z. B. das Erdöl der Bruchsalproduktion im französisch besetzten Ludwigsburg raffiniert werden.

Eine synthetische Produktion ist nur noch in der russischen Zone vorhanden. Gegenwärtig erzeugen dort die Leuna-Werke etwa 40% der Benzin-

Menge von 1939. Im Ruhrgebiet könnte das Werk Wesseling aus dem Rohstoff Ruhrbraunkohle 13000 t Benzin monatlich herstellen. 4 nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren arbeitende Werke im Ruhrgebiet, darunter die Gewerkschaft Victor in Rauxel und die Krupp-Treibstoffwerke in Wanne-Eickel sind heute zur Erzeugung von Fettsäuren vorgesehen und fallen demnach für eine Treibstoffherstellung aus.

Parallel mit den Schwierigkeiten der Kraftstoffversorgung läuft auch die Sorge um Bereisungen. So fehlen gegenwärtig rd. 150000 Stück Bereisungen in der US-Zone. Eine grundlegende Änderung in der deutschen Mineralölwirtschaft und Besserung ist erst dann zu erwarten, wenn Deutschland sich wieder dem Welthandel anschließen kann und die großen internationalen Mineralölvertriebsgesellschaften ihre alte Tätigkeit wieder aufnehmen. Auch die deutsche synthetische Produktion ist für einen deutschen Wiederaufbau nötig. Der Einwand, der gegenwärtig in der britischen Zone angeführt wird, daß es wirtschaftlicher sei die Kohle nach dem Welthandelspreis zu verkaufen als sie zur Benzinherstellung zu verwenden, mag zwar zutreffen, kann aber bei unseren Sorgen nicht tröstlich wirken. Im Übrigen ist über die Wirtschaftlichkeit synthetischer Mineralölprodukte noch nicht das letzte Wort gesprochen. So liegen gerade Berichte aus der U. S. A. vor, daß es jetzt gelungen sei, synthetisch Benzine zu Preisen von rd. 9 Cents je Gallone (3,78 Liter) herzustellen.

Der Kohlenbergbau in der Ostzone

Das Schwergewicht im Kohlenbergbau Ostdeutschlands liegt bei der Braunkohlegewinnung. Die Steinkohlevorräte sind nach dem vorläufigen Ausfall der schlesischen Gebiete so gering, daß sie für die Gesamtkohlenbilanz kaum ins Gewicht fallen. Die geologischen Vorräte an Braunkohle betragen rund 35 Milliarden t, wovon ungefähr 12 Milliarden t als abbauwürdig, d. h. als tagebaureif, gelten. Die Hauptvorkommen befinden sich in Sachsen-Anhalt, Land Sachsen, Provinz Brandenburg und in geringerem Maße auch in Thüringen. Steinkohle wird nur noch im Zwickau-Oelsnitzer Gebiet gewonnen. Trotz dieser beachtlichen Vorkommen an Braunkohle leidet auch die Ostzone unter einer latenten Kohlenkrise, deren Ursache auf die verschiedensten Gründe zurückzuführen ist. Es fehlt — wie in allen anderen Wirtschaftszweigen Deutschlands — eben auch an den notwendigsten maschinellen Einrichtungen, es fehlen Grubenlokomotiven und Förderbänder, Transporteinrichtungen und Reparaturwerkstätten; es fehlen Materialien aller Art und nicht zuletzt Menschen, die mit Hingabe bei der Arbeit sind. Dazu tritt das für die Ostzone so charakteristische Moment der Demontagen, das zu großen und tiefgreifenden Erzeugungslücken geführt hat und jede irgendwie geartete Produktionsplanung unmöglich macht. So wurde z. B. vor einigen Wochen mit der Demontage der Grube Anna-Süd bei Senftenberg begonnen, mit deren Verbleib in der deutschen Förderung schon fast gerechnet worden war. Oder aber das Schicksal der Grube Regis-Breitingen, die erst im Rahmen einer Sowjet-A.G. arbeitete, dann den Deutschen zurückgegeben wurde und schließlich ebenfalls seit einiger Zeit demontiert wird. Das Demontageproblem ließe sich an Hand zahlreicher Beispiele noch weiter erläutern. Unter solchen Umständen ist an eine planmäßige Produktion noch auf lange Sicht hin nicht zu denken.

Die Unterstellung der schlesischen Steinkohlengruben unter polnische Verwaltung wirkte sich in der Ostzone ebenfalls verschärft aus, da Schlesien Hauptlieferant war, und die Länder der Ostzone vor dem Kriege normalerweise 16 Millionen t Steinkohle im Jahr benötigten, die heute nur durch eine Mehrerzeugung von 72 Millionen t Braunkohle ausgeglichen werden können. Von der Unwirtschaftlichkeit eines solchen Austausches sei im Rahmen dieser Betrachtung einmal ganz abgesehen.

Diesen Problemen haben nun die verantwortlichen Männer der Kohlenwirtschaft versucht, einige Aktivposten gegenüberzustellen. So wurde nach Kriegsende die Enteignung der Grubenbesitzer in großem Umfang vorgenommen. Die enteigneten Betriebe gingen entweder in sowjetischen Besitz über und wurden als Sowjet-A.G. weitergeführt oder bekamen staatliche Treuhänder, die sie im Sinne und im Auftrag der wirtschaftspolitischen Ideologie der Ostzone zu verwahren hatten. Zur Zeit wird ein Teil dieses Besitzes als sogenannte landeseigene Betriebe geführt. — Die großen Syndikate, wie das ostdeutsche Braunkohlen syndikat, das mitteldeutsche Braunkohlen syndikat und das Steinkohlen syndikat Zwickau wurden liquidiert und dafür staatliche Verkaufskontore in Leipzig, Senftenberg und Zwickau geschaffen. Das Vermögen der früheren Syndikate ging auf die Kontore über, ohne daß diese aber damit Rechtsnachfolger der Syndikate geworden wären.

Neben diesem Wechsel in den Besitzverhältnissen weisen die Kohlenfachleute der Ostzone besonders auf die nunmehr geplante Produktion hin, die unabhängig von privatkapitalistischen Einflüssen allein auf die Bedarfsdeckung der Bevölkerung ausgerichtet sein soll. Diese Produktionsplanung

baut sich im wesentlichen auf dem Jahresproduktionsplan und den entsprechenden Quartalsplänen auf, die von der Zentralverwaltung für die Brennstoffindustrie mit den entsprechenden Abteilungen der Landes- und Provinzialregierungen und im engsten Einvernehmen mit den Stellen der Sowjetischen Militär-Administration aufgestellt werden. Während 1945/46 noch mit langfristigen Plänen gearbeitet werden konnte, und die Produktion auch einen guten Anstieg zeitigte, ist seit dem Herbst 1946 ein häufiger Wechsel in den Anforderungen ganz kurzfristiger Pläne und ein ständiges Absinken der Produktion zu beobachten, das letzten Endes auf die Fülle der Schwierigkeiten zurückzuführen ist, die schon angedeutet wurde.

So betrug die Förderung von Rohbraunkohle im Oktober 1946 91,4%, von Steinkohle 78,6% und die Brikettfabrikation 99,8% des Monatsdurchschnitts von 1938. Während im Oktober 1946 noch 9,6 Millionen t Rohbraunkohle gefördert wurden, sieht das Plan-Soll für das 2. Quartal 1947 nur eine Monatsproduktion von 8 Millionen t vor. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Brikettproduktion, wo im Oktober 1946 2,5 Millionen t erzeugt wurden und heute nur noch 2,05 Millionen t. Die absolute Produktionsmenge des April 1947 belief sich auf 8,2 Millionen t Förderung und 2,2 Millionen t Briketts; im gleichen Monat des Vorjahrs konnten aber noch 8,6 Millionen t Braunkohle gefördert und 2,35 Millionen t Briketts produziert werden. Als Gesamtergebnis für 1947 rechnet man mit 100 Millionen t Braunkohle gegen 110 Millionen t in 1946. Die Briketterzeugung wird sich 1947 auf 25 Millionen t belaufen gegenüber 28 Millionen t im Jahre 1946. Berücksichtigen muß man ferner, daß rund 1/3 der Gesamterzeugung dabei auf die Sowjet-A.G. entfällt. Unter diesen Aspekten sind die Meldungen über die 100 und mehr prozentige Erfüllung der Produktionspläne aufzunehmen.

Die verantwortlichen Stellen der Ostzone sind natürlich bemüht, der ab sinkenden Fördertendenz entgegenzuarbeiten. So sieht der Kohlenwirtschaftsplan für 1947, der den vollen Neuaufbau der Bergbauwirtschaft in der Ostzone einleiten soll, Neuaufschlüsse, Wiederingangsetzung alter Gruben, Erhöhung und Verbesserung der Förder- und Transportmöglichkeiten, Ausbau von Reparaturwerkstätten und einen organisierten Maschinenausgleich vor, um den durch Demontage und andere Einflüsse gesunkenen Förderstand aufzubessern.

Eine umfassende Sozialbetreuung der Bergleute — durch Wiedererrichtung der alten Knappschaftsversicherung, erhöhte Lebensmittel- und Textilzuteilungen, tariflich festgelegte Höchstlöhne, wobei die Spitzenlöhne unter Tage 1,30 und über Tage 1,10 je Stunde betragen — soll dem Mangel an Bergpersonal abhelfen. Man schätzt die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf 10—12000. Bis zu einem gewissen Grade wurden auch schon Frauen im Bergbau eingesetzt. Die Errichtung von Bergschulen und einer Bergakademie soll die Möglichkeit einer umfassenden Schulung und Ausbildung für alle Zweige des Bergbaus gewährleisten.

Der Steinkohlenmangel dürfte sich allerdings nur aufgrund von großzügigen Lieferungen aus Oberschlesien oder dem Ruhrgebiet beheben lassen, hier wie auf anderen Gebieten ja auch steht das Problem der deutschen Wirtschaftseinheit zur Debatte. Sieht man von den Demontagesorgen des Kohlenbergbaus der Ostzone ab, so kann man zwar Ansätze zu einer vorwärtsströmenden Entwicklung feststellen, die aber zuletzt doch von der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung abhängen.